Das AR-15, Amerikas beliebtestes Gewehr

Was Ihnen die Waffengegner zu diesem Gewehrtyp verschweigen

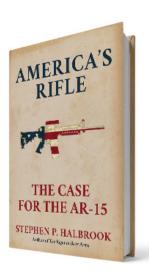
Von Stephen P. Halbrook | 29. Januar 2023



Das, was ich mein ganzes Leben lang beruflich gemacht habe, hat mich dazu gebracht das Buch *America's Rifle: The Case for the AR-15* (Das Gewehr der Amerikaner – Eine Verteidigungsschrift für das AR-15) zu schreiben. Ich begann mit der Anfechtung von Verboten von "Assault Weapons" (militärisch *aussehende* Halbautomaten, Anm. d. Übers.), als Kalifornien 1989 mit dem <u>Roberti-Roos-Gesetz</u> das erste bundesstaatliche Verbot in der amerikanischen Geschichte verabschiedete. Damals entschied das <u>Neunte</u> <u>Bundesberufungsgericht</u>, dass das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, in Kalifornien nicht gilt. Diese Ablehnung wurde vom <u>Obersten Gerichtshof</u> der Vereinigten Staaten aufgehoben, als er in der Rechtssache <u>McDonald v. Chicago</u> (2010) feststellte, dass das Second Amendment auch für Bundesstaaten und kommunale Behörden gilt.

In der Rechtssache <u>District of Columbia v. Heller</u> (2008) entschied der Oberste Gerichtshof der USA, dass das Second Amendment das Recht des Einzelnen auf den Besitz von Schusswaffen schützt, inklusive Kurzwaffen, die von gesetzestreuen Bürgern zu legalen Zwecken genutzt werden und die allgemein im Gebrauch sind. Als wir das Verbot halbautomatischer Büchsen in Washington in der Rechtssache <u>Heller II</u> angegriffen haben, hätte das eigentlich ein Kinderspiel sein müssen, aber das <u>Bundesberufungsgericht von D.C.</u> entschied, dass Gewehre wie das AR-15 zwar allgemein in Gebrauch sind, das Verbot aber nach einem damals neuartigen "zweiteiligen Test" gültig sei, der es den Gerichten er-

laubte, die Rechte im zweiten Schritt durch Abwägen auszuschalten. In einem abweichenden Sondervotum argumentierte der damalige Richter <u>Brett Kavanaugh</u>, dass das Verbot gegen das Second Amendment verstoße.



Cover von Stephen Halbrooks gerade erschienenem Buch *America's Rifle: The Case for the AR-15.*

Und jetzt haben wir *New York State Rifle & Pistol Association v. Bruen* (2022), in dem sich der US Supreme Court auf Wortlaut und Geschichte stützte und befand, dass der "zweiteilige Test einen Schritt zu viel" beinhaltet. Kein gerichtliches Verneinen mehr von Rechten durch "Wegwägen" [d.h. der Richter wägt solange ab, bis die Abwägung das "richtige" Ergebnis bringt, Anm. d. Übers.]. Darüber hinaus schützt das Second Amendment "alle Instrumente, die als Waffen getragen werden können, auch solche, die zur Zeit der Staatsgründung nicht existierten", und der Begriff "Waffen" umfasst per definitionem "moderne Mittel, die eine bewaffnete Selbstverteidigung ermöglichen". Das klingt ganz nach AR-15.

Nachdem der Supreme Court das Verbot des Tragens von Kurzwaffen in New York aufgehoben und gleichzeitig erklärt hatte, dass dieselbe Logik auch für die fünf anderen "üblichen verdächtigen" Bundesstaaten mit ähnlichen Gesetzen gelte, hob *Bruen* die Entscheidungen eines Gerichts auf, das ein Verbot von "Assault Weapons" bestätigte, sowie die zweier anderer Gerichte, die ein Verbot von Magazinen für zulässig erklärten, und forderte sie auf, ihre Entscheidungen im Lichte von *Bruen* zu überdenken. Das ist die höfliche Art der Justiz zu sagen, dass man sich geirrt hat und es jetzt richtig machen soll. Natürlich darf man nicht hoffen, dass sie es bald machen.

Der Wortlaut des Second Amendment ist so eindeutig, dass die Richter der unteren Instanzen, die ihm widersprechen wollten, sich dummes Zeug ausdenken mussten, z. B. dass mit "das Volk" ["the People"] in Wirklichkeit die "Nationalgarde" ["National Guard"] gemeint sei und so weiter.

Dann gibt es noch den geschichtlichen Aspekt, aber wie *Bruen* sagte: "Geschichte ist nicht gleich Geschichte." Lassen Sie uns zum Beispiel nicht so tun, als ob das Statut von Northampton von Edward III. aus dem Jahr 1328, das das "Führen von Waffen" in bestimmten

Zusammenhängen einschränkte, das Recht auf das Tragen von Waffen aus dem Second Amendment außer Kraft setzt. (Ja, dieses Argument wurde tatsächlich von New York in *Bruen* verwendet.)

Für *Bruen* ist der Zeitabschnitt nahe 1791, als das Second Amendment verabschiedet wurde, am relevantesten. Um den breiteren Zusammenhang zu verstehen, verfolgt *America's Rifle* die Geschichte viel weiter zurück in die Vergangenheit und nach vorne in die Gegenwart. Es beginnt mit dem hier relevanteren Gesetz Edwards III., das vorschreibt, dass "jeder Mann in diesem Land, sofern er dazu in der Lage ist, an Feiertagen in seinen Aktivitäten Bogen und Pfeile benutzen … und so das Bogenschießen erlernen und ausüben soll". Der englische Langbogen war tödlich und es konnten mehrere Pfeile pro Minute abgeschossen werden.

Diese *Pflicht*, Waffen zu besitzen und zu tragen, veranlasste die englischen Untertanen zu der Überzeugung, dass dies ihr *Recht* war. Zu den "wahren, alten und unbestreitbaren Rechten", so die <u>Englische Erklärung der Rechte</u> von 1689, gehörte, "dass die Untertanen, die Protestanten sind, Waffen zu ihrer Verteidigung haben dürfen". Und "Waffen" schlossen Musketen mit Bajonetten ein.

Die Gründer Amerikas haben "Protestanten" herausgestrichen und "das Volk" eingefügt. Von Anfang an hatten die Siedler das Recht, sich zur Verteidigung gegen fremde Eindringlinge, feindliche Eingeborene und gefährliche Verbrecher zu bewaffnen. Repetierwaffen waren zwar anfangs selten, aber sie erschienen auf der Bildfläche, wie der elfschüssige Repetierer, den John Prim aus Boston 1722 vorführte, die achtschüssige Muskete, die John Belton 1777 dem Kontinentalkongress präsentierte, und das 22-schüssige Luftgewehr, das 1804 auf der Lewis-und-Clark-Expedition mitgeführt wurde.

Die Amerikanische Revolution festigte die Vorstellung, dass das amerikanische Volk das Recht hat, seine Freiheit mit wirksamen Waffen vor Tyrannei zu schützen. Und als 1787 die US-Verfassung vorgeschlagen wurde, argumentierten <u>Föderalisten</u> wie Noah Webster: "Die oberste Macht in Amerika kann ungerechte Gesetze nicht mit dem Schwert durchsetzen, weil die Gesamtheit des Volkes bewaffnet ist und eine Kraft darstellt, die jeder regulären Truppenformation überlegen ist, die unter irgendeinem Vorwand in den Vereinigten Staaten aufgestellt werden kann."

<u>James Madison</u> stellte "den Vorteil, bewaffnet zu sein, den die Amerikaner gegenüber den Völkern fast aller anderen Nationen besitzen", den europäischen Königreichen gegenüber, in denen "die Regierungen Angst haben, einem bewaffneten Volk zu vertrauen". Die <u>Antiföderalisten</u> wollten dies schriftlich festhalten, und das Ergebnis war die Ratifizierung des Second Amendments im Jahr 1791.



Das AR-15 wurde der Öffentlichkeit 1964 als AR-15 Sporter vorgestellt, im selben Jahr, in dem die ersten M16 an die Luftwaffe ausgeliefert wurden. In diesem Jahr erschien auch ein Bericht über dieses Gewehr im American Rifleman.

Als die Republik wuchs, verabschiedeten die meisten der neuen Staaten eine Verfassung, in der das Recht auf das Tragen von Waffen festgeschrieben wurde. <u>Thomas Jefferson</u> schrieb im Jahr 1824: "Die Verfassungen der meisten unserer Staaten behaupten, dass alle Macht dem Volk innewohnt … dass es sein Recht und seine Pflicht ist, jederzeit bewaffnet zu sein." Die Feuerwaffentechnologie entwickelte sich rasant weiter, angefangen von Innovationen bei Kurzwaffen wie dem Colt-Revolver bis hin zu den Unterhebelrepetierern von Henry und Winchester.

In der Zeit vor dem <u>Bürgerkrieg</u> gab es keine Verbote für bestimmte Arten von Schusswaffen. Ein Gericht in Tennessee stellte 1840 fest, dass ein Zweck des Rechts, Waffen zu tragen, darin besteht, "die allgemeine Freiheit zu schützen und diejenigen, die an der Macht sind, in Ehrfurcht zu halten", und dass daher "die Waffen, deren Besitz garantiert ist, solche sind, die üblicherweise in der zivilisierten Kriegsführung verwendet werden und die die übliche militärische Ausrüstung darstellen". (Die <u>Miller</u>-Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA aus dem Jahr 1939 bestätigte diesen Präzedenzfall).

Die Südstaaten schränkten das verdeckte Tragen von Kurzwaffen ein und untersagten Sklaven den Besitz von Schusswaffen. In einer Reihe von Staaten war es verboten, Waffen so zu tragen, dass andere in Angst versetzt wurden; das friedliche Tragen von Waffen war jedoch erlaubt. Keine Art von Feuerwaffe war verboten.

Nach der Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1865 versuchte man mittels der <u>Black Codes</u> die Freigelassenen zu entwaffnen. Mitglieder des Kongresses beschwerten sich darüber, dass die Behörden Musketen von Afroamerikanern beschlagnahmten, die sie während des

[Bürger-]Krieges benutzt hatten. Unionssoldaten durften Musketen und Karabiner, wie den <u>Spencer-Karabiner</u> mit Sieben-Schuss-Magazin, erwerben. Als das <u>Freedmen's Bureau-Gesetz</u> von 1866 erklärte, dass das Recht auf "persönliche Freiheit [und] persönliche Sicherheit" auch "das verfassungsmäßige Recht auf das Tragen von Waffen" umfasst, bezog es sich zum Teil auf militärische Waffen.

Zur Jahrhundertwende war die Ära der halbautomatischen Büchsen angebrochen. Wie [Bundesrichter] Kavanaugh in seinem abweichenden Sondervotum zu *Heller II* schrieb, "bot Winchester bereits 1907 der Allgemeinheit zehnschüssige Magazine zur Verwendung in seinen halbautomatischen Gewehren vom Kaliber .351 an. ... Viele der ersten halbautomatischen Gewehre waren mit Pistolengriffen erhältlich." Es handelte sich dabei nicht um "militärisch aussehende Gewehre", da die Streitkräfte erst nach drei weiteren Jahrzehnten halbautomatische Gewehre einführen sollten.

Durch die <u>Prohibition</u> entstand das organisierte Verbrechen, und die Verwendung von "<u>Tommy Guns</u>" durch Gangster führte 1934 zur Verabschiedung des <u>National Firearms Act</u> (NFA). Justizminister Homer Cummings räumte ein, dass das Second Amendment es dem Kongress untersagt, Waffen vollständig zu verbieten, und so wurde eine Steuer von 200 Dollar auf automatische Waffen eingeführt. Der Präsident der <u>NRA</u>, Karl Frederick, beriet damals den Ausschuss des Repräsentantenhauses bei der Ausarbeitung der Definition von "Maschinengewehren", um halbautomatische Waffen auszuschließen, und warnte davor, dass die Aufnahme von Pistolen und Revolvern in das Gesetz zu einer neuen Prohibition führen würde. (Sie wurden daraufhin gestrichen.)

Der NFA sah ursprünglich Beschränkungen für Gewehre mit Lauflängen unter 18 Zoll vor. Dies wurde in einem Gesetz von 1960 auf 16 Zoll reduziert, da einige M1-Karabiner Läufe unterhalb der gesetzlichen Grenze hatten.

Das AR-15 war von Anfang an ein ziviles Gewehr. Im Jahr 1963, dem letzten Jahr, in dem "Leave It to Beaver" im Fernsehen lief, untersuchte die Vorgängerbehörde des <u>Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives (ATF)</u> das "AR-15 Sports Version Rifle" von Colt und stellte fest, dass es sich um ein halbautomatisches Gewehr handelt und dass es nicht zur Kategorie der Maschinengewehre gehört. Es wurde dann 1964 als AR-15 Sporter der Öffentlichkeit vorgestellt, im selben Jahr, in dem die ersten M16 an die Luftwaffe ausgeliefert wurden.



Mit dem <u>Gun Control Act</u> von 1968 (GCA) wurde eine Lawine von Genehmigungsvorschriften für Händler und zwischenstaatlicher Beschränkungen ausgelöst wie es sie zuvor noch nie gegeben hatte. Allerdings wurden die schlimmsten Vorschläge – Erlaubnis- und Registrierungspflichten für Besitzer von Kurzwaffen oder sogar aller Feuerwaffen – klar abgelehnt. Und ein Verbot eines bestimmten Waffentyps wurde nicht einmal vorgeschlagen. *America's Rifle* zeichnet diese Gesetzgebungsgeschichte nach.

Das <u>Milizgesetz von 1792</u> verpflichtete zwar alle wehrfähigen Männer, sich zu bewaffnen, wurde aber Anfang des 20. Jahrhunderts aufgehoben. 1904 verkündete Präsident Theodore Roosevelt, ein starker Befürworter des Schießsports als Breitensport, einen Präsidentenerlaß zur Gründung des National Board for the Promotion of Rifle Practice (Staatliche Kommission zur Förderung des Schießsports), das die Durchführung seiner Schießsportprogramme und Wettkämpfe an die National Rifle Association übertrug. Das Ergebnis war das <u>Civilian Marksmanship Program</u>, das bis heute den Schießsport mit Gewehren vom Typ M1 Garand bis hin zum AR-15 fördert.

Eine Studie des US-Justizministeriums ergab, dass das Verbot von Halbautomaten [sog. "assault weapons"] von 1994 keine Auswirkungen auf die Kriminalität hatte.

Während der meisten Zeit des 20. Jahrhunderts konzentrierte sich die Bewegung zur Waffenkontrolle auf die Einschränkung und das Verbot von Kurzwaffen. Das änderte sich 1989, als ein krimineller Drogensüchtiger fünf Kinder auf einem Schulhof in Kalifornien ermordete. Die Befürworter von Waffenkontrolle sahen dies als Gelegenheit und stifteten bewusst Verwirrung zwischen vollautomatischen und halbautomatischen Waffen. Sie erfanden den Propagandabegriff "Assault Weapon" ["Sturmgewehr"] und die Kampagne für ein Verbot von Gewehren war da. Kalifornien erließ ein Verbot für eine lange Reihe von Gewehren, und dieses Verbot wurde seitdem immer weiter ausgebaut.

Neben anderen Absurditäten verbietet Kalifornien halbautomatische Gewehre mit einem "Pistolengriff, der deutlich sichtbar über das Gehäuse der Waffe nach unten hervorsteht", was definiert ist als "ein Griff, der einen pistolenähnlichen Griff ermöglicht, bei dem die Interdigitalhaut der Schießhand (zwischen Daumen und Zeigefinger) während des Feuerns unter oder unterhalb der Oberkante des freiliegenden Teils des Abzugs platziert werden kann". Gewehre mit einer flachen Flosse hinter dem Griff, die den Daumen zu einer aufwärtsgerichteten Position zwingt, sind mit dieser Definition konform. Es ist unglaublich, dass ein Gewehr den Schutz des Second Amendment verliert, weil der Zwischenraum zwischen Daumen und Zeigefinger "unter oder unterhalb" einer bestimmten Position platziert werden kann, aber nicht, wenn er oberhalb dieser Position platziert wird.

Diejenigen, die gegen die Verbote klagen, haben nachgewiesen, dass die verbotenen Merkmale Sicherheit und Präzision erhöhen. In der Rechtssache *Rupp v. Becerra* stellte ein kalifornischer Bundesrichter fest, dass Kalifornien sich gerade deshalb für ein Verbot entschieden hat, weil die Gewehre zielgenauer und leichter zu handhaben sind. (Dieser

Fall wird im Lichte von *Bruen* derzeit erneut geprüft.) Nach dieser Logik könnte der Staat vermutlich Visiere und Zielfernrohre verbieten, um die Präzision von Büchsen zu verringern.

Auf Bundesebene beschloss die Regierung von George H. W. Bush 1989, importierte Büchsen zu verbieten, die das <u>ATF</u> bislang als Sportwaffen eingestuft hatte und die daher gemäß dem Gun Control Act eingeführt werden konnten. Über Nacht wurden hochwertige Büchsen nun zu "Assault Weapons". Statistisch gesehen wurden diese fast nie bei Verbrechen eingesetzt. Es dauerte nicht lange, bis das ATF begann, Händler zu überprüfen und die bezeichneten Gewehre "zurückzuverfolgen", um die Zahl der "Rückverfolgungen" in die Höhe zu treiben. Das war alles nur ein Trick – keines dieser Gewehre wurde für Verbrechen verwendet. [Diese sog. "trace requests" wurden ausschließlich vom ATF zu statistischen Zwecken ausgelöst und gerade nicht von den Strafverfolgungsbehörden für strafrechtliche Ermittlungen angefordert, Anm. d. Übers..]

Dann kam 1994 das Waffenverbot unter Clinton. Seine Befürworter argumentierten, dass das Second Amendment nur die Nationalgarde schützt und dass das eigentliche "Volk" ["people"] kein "Recht Waffen zu besitzen und zu tragen" hat. Verboten wurden Gewehre wie das Colt AR-15 sowie "Kopien und Duplikate", was auch immer damit gemeint war. Und es verbot Gewehre mit zwei oder mehr gelisteten Merkmalen, wie den erschreckend auffälligen Pistolengriff und die beängstigende Bajonettaufnahme. Es wurden keine Daten gefunden, um zu beweisen, dass Mörder Gewehre mit Pistolengriffen und Bajonetten verwenden oder bevorzugen. Eine Studie des US-Justizministeriums kam zu dem Ergebnis, dass das Verbot keine Auswirkungen auf die Kriminalität hatte – wie schockierend – und so ließ der Kongress es nach 10 Jahren auslaufen.

Mein Buch "America's Rifle" behandelt die Einzelheiten der "Assault Weapons"-Debatte im historischen Kontext, wie sich das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, im Laufe der Zeit entwickelt hat. Es geht auch auf die derzeitige explosionsartige Zunahme der Zahl der Waffenbesitzer und die Auswirkungen der Bruen-Entscheidung ein, die diese hat und haben wird. Während Tyrannen immer versuchen werden, das Volk zu entwaffnen, um es unter ihr Diktat zu stellen, schlägt das Pendel derzeit gegen diese Leute aus, nicht zuletzt dank Ihrer Unterstützung für die NRA.

Rechtsanwalt Dr. Stephen P. Halbrook ist Senior Fellow am <u>Independent Institute</u>. Seine neuesten Bücher sind *America's Rifle: The Case for the AR-15* und *The Right to Bear Arms: A Constitutional Right of the People or a Privilege of the Ruling Class?*Seine Internetpräsenz findet man hier: <u>stephenhalbrook.com</u>.

Den amerikanischen Originalartikel "America's Rifle – What the gun-control crowd doesn't want you to know about AR-type rifles" kann man hier abrufen: https://www.americas1stfreedom.org/content/america-s-rifle/

Alle Links wurden durch den Übersetzer eingefügt. Übersetzung: März 2023